

Kirgistans Führung soll volksnaher werden

Verfassungsentwurf sieht eine Einschränkung der Macht des Staatsoberhauptes vor

Mit einer Woche Verspätung hat die provisorische Regierung Kirgistans ihren Verfassungsentwurf vorgelegt. Parlament und Regierung sollen mehr Einfluss erhalten. Nicht alle sehen das Land bereit für diesen Schritt.

Markus Ackeret, Moskau

Kirgistans «Revolutionäre» sind gebrannte Kinder. Alle, die jetzt in der Übergangsregierung die wichtigsten Posten bekleiden, waren schon vor fünf Jahren am Umsturz beteiligt gewesen. Rasch mussten sie zusehen, wie die Versprechungen vom neuen Führungsstil einer Wiederholung der alten Muster wichen. Die Ausgangslage von damals stimmt mit jener von heute nicht überein. Aber zu spüren ist der Wille, die neuerliche Chance nicht wieder zu verspielen. Das spiegelt sich in der fast krampfhaften Betonung des Volkes, das diesmal zu den Gewinnern gehören soll. Der neuen Verfassung, die mit einwöchiger Verspätung am Montag der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, kommt dabei tragende Bedeutung zu. Kirgistans Führung soll volksnaher werden.

Wer wählt den Präsidenten?

Seit sich vor knapp drei Wochen die provisorische Regierung in Bischkek installiert hat, ist die Rede davon, das Amt des Präsidenten zu schwächen und dem Parlament und der Regierung mehr Macht zu verleihen. Die führenden Köpfe des Übergangskabinetts, vor allem dessen Vorsitzende Rosa Otunbajewa und der für Verfassungsreformen zuständige Stellvertreter Omurbek Tekebajew, scheinen ein fast schon ideales System vor Augen zu haben, in dem die Macht auf verschiedene Zentren aufgeteilt ist und der Opposition eine würdige, einflussreiche Rolle zukommt.

Die Verfassung reflektiert das gemäß dem veröffentlichten Text insofern, als beispielsweise die Zahl der dem Wahlsieger zustehenden Sitze im Parlament beschränkt werden soll, damit keine Fraktion mehr als eine einfache Mehrheit erreichen kann. Die stärkste Partei schlägt den Ministerpräsidentenkandidaten vor, der im Auftrag des Präsidenten selbständig das Kabinett bestellt und die eigentliche Exekutiv-



In Kirgistan hat sich die Lage noch nicht stabilisiert; Unruhen zwingen die Polizei regelmässig zu neuen Einsätzen. PIRGOV / REUTERS

macht übernimmt. Die Befugnisse des Präsidenten werden eingeschränkt; mit den Regierungsgeschäften hat er künftig nichts mehr direkt zu tun. Richterernennungen, die durch das Parlament bestätigt werden müssen, kann er nur noch auf Empfehlung eines Nationalen Rates für Rechtsprechung vornehmen. Eine Reihe direkter Ernennungsbefugnisse, etwa für regionale Ämter, wird abgeschafft. Schliesslich darf der Präsident nach Ablauf der fünfjährigen Amtszeit nicht mehr für die darauffolgende Periode kandidieren.

Furcht vor Instabilität

Nicht festgelegt ist die Form der Wahl des Staatsoberhauptes – Parlament oder Volk. Offenbar herrschte darob in der gegenwärtigen Staatsführung keine Einigkeit, so dass die Frage auf Gesetzesebene geregelt werden soll. Letzteres ist Ausdruck der Fragilität der Übergangsregierung. Ihre Köpfe sind bekannte ehemalige Oppositionelle, die nicht al-

lein die Liebe zum Volk in die höchsten Machtetagen gespült hat. Beobachter nehmen genau wahr, wie vor allem die Parteien Tekebajews und des Präsidentschaftsanwärters vom vergangenen Sommer, Almasbek Atambajew, ihre Leute auf wichtige Posten hieven. Da vermutlich mehrere der Führer der provisorischen Regierung höhere Ambitionen hegen, könnte die frühzeitige Verkündung von Präsidentschaftswahlen das Kabinett vor die Zerreihsprobe stellen. Klar ist bis anhin nur, dass im Oktober das derzeit inexistente Parlament wieder gewählt werden soll. Für Ende Juni wird mit einer Abstimmung über die neue Verfassung gerechnet. Drei Wochen lang soll sie nun im Volk besprochen werden.

Während in der an die Macht gekommenen politischen Elite die Abkehr vom präsidentialen Staatsmodell unterstützt wird, hegen zahlreiche Beobachter Zweifel daran. Felix Kulow, unter dem gestürzten Präsidenten Bakijew zunächst Ministerpräsident und später

ein moderater Oppositionspolitiker, sieht darin eine Übergangslösung. Gerade diese könne sich das Land jedoch nicht leisten; es brauche eine durchsetzungsstarke Führung in der schwierigen Zeit, meinte etwa der Politologe Mars Sarijew in Agenturberichten. Viel ist derzeit, gerade in Russland, von der Gefahr die Rede, Kirgistan könnte zu einem «failed state» werden. Davon, so heisst es dann, würden allenfalls islamistische Gruppierungen profitieren.

Ex-Minister ausgeliefert

Beruhigt hat sich die Lage im Land jedenfalls noch nicht. Als am Montag bekannt wurde, dass Moskau den früheren Innenminister Kongantijew, der zu Beginn der Wirren in Talas von Demonstranten übel zugerichtet worden war und danach offenbar nach Russland ausreisen konnte, nach Bischkek überstellt hatte, sperrten dessen Anhänger ein Rückgrat des Landes, die Strasse von Osch in die Hauptstadt.